

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger...  
Preis pro Anzeiger 10 Pfennige...  
Erscheinungsort: Auerbach Nr. 53.

Abdruckrechte: Die Anzeiger...  
Verantwortlich: Herr...  
Verlag: Auerbach Nr. 53.

Telegramme: Auerbach Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auerbach. Postfach-Nr. 1000

Nr. 231

Sonntag, den 3. Oktober 1926

21. Jahrgang

### Der Streit um das Silverbergprogramm.

Eine neue Rede Silverbergs.

Düsseldorf, 1. Okt. Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen Wirtschaftsinteressen des Rheinlandes und Westfalens tagte heute in Düsseldorf. Das Hauptthema der Versammlung war die Dresdner Rede Silverbergs. Silverberg selbst nahm das Wort und stellte fest, daß er seine Rede der mit der Vorbereitung der Dresdner Tagung betrauten, aus acht Herren des Präsidiums des Reichsverbandes bestehenden wirtschaftspolitischen Kommission vorgelegt habe und die Rede von dieser Kommission gebilligt worden sei. Die Feststellung Silverbergs wurde von dem Vorsitzenden des Reichsverbandes, Geheimrat Duisberg, der der wirtschaftspolitischen Kommission angehört, bekräftigt.

Die gutbesuchte Versammlung wurde von Generaldirektor Neusch mit Gedankenworten auf August Thyssen, Otto Wiedfeld und die anderen vorfindenden Mitglieder des Vereins eröffnet. Neusch kam dann sofort auf die Rede Silverbergs in Dresden zu sprechen und führte etwa aus: Den Ausführungen Silverbergs in Dresden kann man im allgemeinen nur zustimmen. Leider aber hat er sich am Schluß seiner Rede auf das politische Gebiet begeben, was in Kreisen der Industrie Bedenken und Widerspruch auslösen muß, um so mehr, als diese Ausführungen von der Presse parteipolitisch ausgewertet werden. Ich stimme Herrn Silverberg darin zu, daß nicht gegen und nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden soll, glaube aber darin mit ihm einig zu gehen, daß von der Industrie im Interesse ihres geschlossenen Auftretens die Parteipolitik ferngehalten werden muß. Es ist nicht angängig, eine einzige Partei als „Arbeiterpartei“ zu bezeichnen. In der Presse kehrt immer die Behauptung wieder, daß der Wortlaut der Silverbergschen Rede einstimmig vom Präsidium des Reichsverbandes vorher gebilligt worden sei. Ich stelle hier ausdrücklich fest, daß die Rede des Herrn Silverberg dem Präsidium und Vorstand vor der Dresdner Tagung nicht vorgelesen hat. Neusch begrüßte dann noch die Maßnahmen, die der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold zur Vereinfachung des Verwaltungsapparates in seinem Ministerium getroffen hat.

Nach Neusch nahm unter allgemeiner Spannung Generaldirektor Silverberg

das Wort. Er nahm nichts zurück, unterstrich im Gegenteil ohne jede Zurückhaltung noch einmal seine Dresdener Ausführungen und ließ sich auch durch den Widerspruch, der sich in der Versammlung hier und da bemerkbar machte, in seiner Stellungnahme nicht erschüttern. Im einzelnen trug Dr. Silverberg in freier Rede etwa folgendes vor:

Von einer Auseinandersetzung zwischen mir und Generaldirektor Neusch, wie sie vielfach erwartet worden ist, kann keine Rede sein. Den wesentlichsten Teil meiner Dresdener Ausführungen hat Generaldirektor Neusch wiederholt und dabei auch unterstrichen, daß gegen die Arbeiter nicht regiert werden sollte. Dieser Satz ist sehr bedeutungsvoll. Wenn man mir entgegenhält, daß das eigentlich selbstverständlich ist, so erkläre ich: es ist zweckmäßig, Selbstverständlichkeiten auszusprechen. Ich habe genau gewußt, daß ich das politische Gebiet gestreift habe, und ich halte es nach wie vor für notwendig. Es ist nicht möglich, eine Trennung der verschiedenen schwebenden und die Wirtschaft interessierenden Fragen von der Politik vorzunehmen. Denn alle Fragen, die das deutsche Unternehmertum oder die Wirtschaft betreffen, werden in einer Stelle entschieden, die politisch zusammengesetzt ist. Die Gefahr, die die Verknüpfung aller Fragen mit der Politik mit sich bringt, ist aber um so größer, wenn

man nicht den Mut hat, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen. Was habe ich nun in Dresden gesagt? Ich werde alle enttäuschen, die glauben, ich wolle etwas zurücknehmen oder ändern. Wenn nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden soll, dann muß man doch den Entschluß fassen, daß große Parteien, in denen die Arbeiterschaft wesentlich vertreten ist, nicht prinzipiell als regierungsunfähig erklärt werden. Man muß den Mut haben, die Konsequenzen zu ziehen.

Silverberg gab sodann die Voraussetzungen an, von denen seiner Ansicht nach eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie abhängt. Die SPD. habe einmal nicht die Macht und die Fähigkeit, den Staat zu regieren. Sie müsse ferner auf die übrigen Doktrinen verzichten und die Unterstützung der Politik durch die Straße müsse aufhören. Silverberg schloß mit der Hoffnung, daß Unternehmer und Arbeiterschaft bald auf einer Linie zusammenkommen. Seinen Ausführungen folgte zuerst ein etwas schüchtern, dann langsam immer stärker werdender Beifall.

Hierauf nahm

Dr. Thyssen

das Wort. Er hielt sich kurz und versuchte nur in großen Zügen eine Abschwächung der Silverbergschen Ausführungen. Er glaube nicht, so führte er aus, daß Silverberg absolut neutral war. Er habe nach den Ausführungen Silverbergs den Eindruck, als wolle dieser sagen, es könne nur mit der SPD. regiert werden. Diese Konsequenz könne man jedoch nicht ziehen. Das Unternehmertum müsse politisch neutral bleiben. Alsdann streifte Thyssen die soeben zum Abschluß gekommene deutsch-französische Verständigung und betonte, daß sie in der Hauptsache ein Schritt auf dem Wege zur Befriedung Europas sei. Die Ausführungen von Thyssen wurden von lebhaftem Beifall, der oft mit stärkerer Kraft als der Beifall bei der Rede Silverbergs, begleitet.

Das Rätsel, ob Dr. Silverberg mit Zustimmung des Reichsverbandesvorstandes in Dresden gesprochen hat, wurde durch eine Feststellung des Vorsitzenden des Reichsverbandes,

Geheimrat Dr. Duisberg

gelöst. Duisberg erklärte: „Weder Präsidium noch Vorstand noch ein offizielles Gremium des Reichsverbandes haben sich mit der Rede Silverbergs beschäftigt oder gar dazu Stellung genommen. Jeder, der im Reichsverband eine Rede hält, muß sagen dürfen, was er will. Aber gerade Herrn Silverberg an die Reihe legen zu wollen, wäre ganz ausgeschlossen. Herr Silverberg hat es dagegen für richtig befunden, im Präsidialbeirat für Wirtschaft und Finanzpolitik, als Ausführungen Geheimrat Kaisers festgelegt wurden, die Gelegenheit zu benutzen, um zu hören, wie dieses inoffizielle Gremium über seine Ansicht denkt.“

Alle damals anwesenden Herren mit einer einzigen Ausnahme haben Herrn Silverberg zugestimmt, auch ich.

Ich habe sogar am Tage vorher die Rede Silverbergs gelesen und habe Herrn Silverberg gebeten, daß er doch Herrn Luther nicht nur tadeln, sondern auch loben möchte. Er hat dies grundsätzlich abgelehnt.

Die Bemerkungen, die widersprechenden Meinungen im Reichsverband auf eine mittlere Linie zu einigen, zeigte sich in den weiteren Erklärungen Duisbergs, mit denen er der Haltung Silverbergs das Prinzipielle zu nehmen versuchte. Es sei ein taktischer Streich gewesen, den Herr Silverberg gespielt habe. Wenn es eine richtige Maßnahme war, so würde sie bald ihre Auswirkungen finden.

pflichten seines Amtes. Er ging den Weg, den ihm das Interesse und das Wohl des Landes vorgezeichneten. Er hat zu den früheren neue Beweise dafür geführt, daß das Vertrauen, das die Anhänger eines republikanischen Deutschlands in ihn und seine Loyalität gesetzt haben, gerechtfertigt war. Und abgesehen Schmeichler und egoistische Lobredner ihn auch weiterhin werden beeinflussen wollen, ist das deutsche Volk überzeugt, daß er auch künftig, wie bisher, verstehen wird, die schlechten von den guten Ratgebern zu scheiden. In dieser Gewißheit einig ist alle Volkstreu, alle Republikaner zu dem gemeinsamen herzlichsten Glückwunsch am heutigen Tage.

Reichspräsident von Hindenburg ist vor seinem Geburtstage von Berlin zu einem Vandausentzug verreist und wird erst nach dem 2. Oktober zurückkehren.

### Das Rätselraten über Livorno.

London, 1. Okt. In Ergänzung des nichtfolgenden amtlichen Berichtes meldet der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ aus Livorno, daß, soweit er in der Umgebung der beiden Staatsmänner habe feststellen können, die Unterredung zwischen Chamberlain und Mussolini sich mit der für England und Italien bestehenden Notwendigkeit beschäftigt habe, die Probleme zu prüfen, die sich aus der deutsch-französischen Verständigung ergeben würden. Es wurde zu verstehen gegeben, daß England und Italien keinen abweichenden Standpunkt zu der neuen Phase der europäischen Politik einnehmen.

Am Donnerstagabend empfing Chamberlain einige englische Journalisten und erklärte ihnen, daß das Wort Thoiry überhaupt nicht erwähnt worden sei und daß überhaupt nicht viel über Politik gesprochen wurde. Chamberlain bedauerte ironisch, der Presse keine Sensationen liefern zu können.

Die „Westminster Gazette“ meldet, daß Mussolini Begleiter, Unterstaatssekretär Grandi, erklärt habe, daß die Unterredung sich nicht um Tanger, sondern um wichtigere Fragen gedreht hätte. Das Blatt kommentiert diese Feststellung dahin, daß Mussolini daran arbeite,

Griechenland, Rumänien und Bulgarien durch Verträge mit Italien zu einem gegen Jugoslawien gerichteten Bund

zusammenzuschweißen, der es Italien erleichtern soll, gegenüber Frankreich das Übergewicht im Mittelmeer aufrecht zu erhalten. Frankreich, so meint das englische Blatt, werde durch seine Verständigung am Rhein den Rücken freibekommen für eine aktivere Politik im Mittelmeer. Die englische Außenpolitik habe in Befolgung ihrer Realpolitik Mussolini im Balkan freie Hand gegeben im Austausch für Zusicherungen Mussolinis, im westlichen Mittelmeer, in dem Gebiet, an dem England interessiert sei, eine zurückhaltende Politik zu verfolgen.

„Daily News“ betont in ihrem Sonderbericht, daß in den Erörterungen Italiens der Drang „nach einem Platz an der Sonne“ die Hauptrolle gespielt habe. Mussolini habe erklärt, daß er sich jeder Neuberteilung der Kolonialmandate zugunsten von Deutschland widersetzen werde, wenn nicht zugleich Italien in seinen Aktionen gegenüber den möglichen Entlohnungen der europäischen Lage unterstützt werde.

### Ein Antrag über die Vereinigung Deutschlands und Oesterreichs.

Wien, 30. September. Der Österreichisch-deutsche Volksbund hat beschlossen, bei dem am Sonntag beginnenden paneuropäischen Kongress den Antrag zu stellen, der Kongress möge die Vereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reich auf die Tagesordnung setzen und beschließen, unter Berufung auf Artikel 88 des Staatsvertrages von St. Germain und auf Artikel 80 des Versailler Vertrages die grundsätzliche Erlaubnis zur Vereinigung der beiden Länder beim Völkerbund nachzusuchen.

### Militärdiktatur in Polen?

Warschau, 1. Okt. Zur Stunde verhandelt Pilsudski mit verschiedenen Personalitäten über den Eintritt in seine Regierung. Auffallenderweise hat er bis jetzt keinen der Parteivertreter geladen, sondern lediglich Generäle. Man nimmt infolgedessen an, daß Pilsudski die Absicht hat, ein Generalkabinett zu bilden. Was das bedeuten will, ist klar genug. Es wird wahrscheinlich eine verschleierte Militärdiktatur errichtet werden. Man vermutet, daß Pilsudski sogar beabsichtigt, den jetzigen Kommandanten der Stadt Warschau General Slawoj zum Innenminister zu ernennen.

### Die polnische Kabinettskrisis.

Warschau, 1. Oktober. Marshall Pilsudski ist es noch nicht gelungen, seine Kabinettsbildung zu beenden. Er scheint bei der Befragung einzelner Ressorts noch auf Schwierigkeiten zu stoßen. Als sicher kann gelten, daß Pilsudski neben dem Vorsitz im Kabinett auch das Kriegsministerium übernehmen und daß der frühere Ministerpräsident Barthel die Stellung eines Vizepräsidenten erhalten wird.

### Zum Ueberfall auf den frühesten polnischen Finanzminister.

Warschau, 1. Oktober. Der Ueberfall polnischer Offiziere auf den früheren Finanzminister hat das größte Aufsehen erregt. Eine Reihe hochstehender Persönlichkeiten, darunter Gesandte und Abgeordnete, haben dem Minister, der infolge der erlittenen Verwundungen zu Bett liegt, ihre Wünsche zur baldigen Genesung ausgesprochen. Die Abendblätter berichten über den Zwischenfall selbst noch, daß die Offiziere vor dem Ueberfall die Telefonleitung zur Wohnung des Ministers abgeschnitten haben.

### Hindenburgs 79. Geburtstag.

Von Hindenburg, Präsident des Deutschen Reiches, begeht heute seinen 79. Geburtstag, zur Freude aller Deutschen in voller Mäßigkeit.

Im Frühjahr 1925 übertrug, nach dem Tode des ersten deutschen Reichspräsidenten, die Wahlmehrheit des deutschen Volkes dem Feldmarschall das höchste Amt, das es nach der Verfassung zu vergeben hat. Bei seinem ausgeprägten Pflichtgefühl ärgerte Hindenburg seinen Augenblick, die schwere Bürde der Stellung auf sich zu nehmen, obwohl er sich wohlbewußt war, daß ihm als früheren Offizier, der sich nie mit politischen Fragen beschäftigt hatte, manche Schwierigkeiten bevorstünden. Treu der Verfassung, hat Hindenburg seines Amtes gewaltet. Ohne Ermüdung zu zeigen, unterzog er sich den nicht geringen Mühen der Repräsentations-